

**KLAR.
SOZIAL.
VOR ORT.
BESCHLUSSBUCH.**

Ordentlicher Parteitag der
SPD im Landkreis Lüneburg
10. MAI 2025, DAHLENBURG

INHALT

Antragsbereich INI – Initiativanträge	2
INI1 – Initiative für ein AfD-Verbotsverfahren – Schutz unserer Demokratie vor rechtsextremen Bestrebungen.	2
Antragsbereich F – Finanzen	4
F1 – Solidarität statt Ungleichheit – Wiedereinführung der Vermögenssteuer, jetzt!	4
F2 – Einführung einer Übergewinnsteuer	6
Antragsbereich GL – Gleichstellung	7
GL1 – Sexistischer Werbung entgegenzutreten.....	7
Antragsbereich K – Kommunales	9
K1 – Klar. Sozial. Vor Ort. Für das Lüneburger Land. Für Dich. Mit Dir!	9
Antragsbereich V – Verkehr	13
V1 – Die Verkehrswende auch auf der Schiene zwischen Hannover und Hamburg realisieren	13
V2 – Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW über 7,5 Tonnen auf Landstraßen	16
auf 70 km/h anheben - Änderung des § 3 der StVO	16

ANTRAGSBEREICH INI – INITIATIVANTRÄGE

INI1 – Initiative für ein AfD-Verbotsverfahren – Schutz unserer Demokratie vor rechtsextremen Bestrebungen.

Antragsteller*in: SPD-Ortsverein Lüneburg, Jusos UB Lüneburg

Weiterleitung: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Der SPD-Parteivorstand sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sowohl das Parteiverbot nach Art. 21 Abs. 2 GG, als auch den Ausschluss von staatlicher Finanzierung, steuerlicher Begünstigung und Zuwendungen nach Art. 21 Abs. 3 GG der Alternative für Deutschland (AfD) strategisch, aktiv, konsequent und mit Nachdruck zu verfolgen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist Garant für die aktive Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremer, rassistischer und demokratiefeindlicher Bestrebungen innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD) fordern wir:

- den SPD-Parteivorstand und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung und Bundestagsfraktion auf, die Voraussetzungen für ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD gemäß Art. 21 Abs. 2 GG umfassend zu prüfen,
- zu prüfen, die AfD sowie die parteinahe Stiftung gemäß Art. 21 Abs. 3 GG unverzüglich von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen,
- in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie weiteren zuständigen Institutionen ein mögliches Verbotsverfahren aktiv vorzubereiten,
- öffentlichkeitswirksam und umfassend über die verfassungsfeindlichen Aktivitäten der AfD aufzuklären und die Bedeutung des Schutzes unserer Demokratie klar zu kommunizieren,

sich im Falle einer positiven juristischen Einschätzung mit Nachdruck für die Einleitung eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht einzusetzen.

Zur Vorbereitung eines erfolgreichen Verbotsverfahrens gemäß Art. 21 Abs. 2 GG sollen alle parteiinternen sowie politischen und juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Hierzu zählen insbesondere die enge Zusammenarbeit mit dem

Bundesministerium des Innern, dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie weiteren zuständigen Behörden und den entsprechenden Landesbehörden, um eine fundierte und rechtssichere Grundlage für ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu schaffen.

Begründung:

Die AfD ist eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Verschlechterung Deutschlands im internationalen Ranking der Pressefreiheit wird explizit darauf zurückgeführt. Die Funktionsstruktur der AfD, Aussagen führender Mitglieder sowie Verbindungen zu rechtsextremen Gruppierungen belegen eine systematische Verachtung demokratischer Institutionen und Minderheitenrechte. Spätestens mit den bekannt gewordenen Deportationsplänen im Umfeld der Partei ist eine rote Linie überschritten worden. Die SPD steht weiterhin und wieder in der historischen Verantwortung, unsere Demokratie aktiv gegen ihre Feinde zu verteidigen. Ein Verbotsverfahren ist ein legitimes und gebotenes Mittel, wenn eine Partei die Grundwerte unseres Staates untergräbt. Dabei verletzt die AfD durch Falschbehauptungen, oft Fake News genannt, und dreiste Lügen grundlegende demokratische Spielregeln. Eine Partei, die nicht darauf achtet, ob ihre Aussagen auch durch Fakten gedeckt sind, verfälscht den öffentlichen politischen Diskurs. Die in Gutachten testierte Verfassungsfeindlichkeit der AfD darf nicht auch noch durch die staatliche Parteienfinanzierung gefördert werden. Deshalb ist die AfD gemäß Art. 21 Abs. 3 GG davon auszuschließen.

In der vergangenen Bundesregierung konnten wir 236 Versprechen umsetzen und 98 Versprechen angehen, aber leider nicht abschließen. Damit ist die scheidende Bundesregierung erfolgreicher als Vorgängerregierungen. Wir haben als SPD soziale Standards über Mindestloohnerhöhungen, die Grundrente und die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren eingeführt und gestärkt. Über fremdenfeindliche und rassistische Forderungen der AfD wurde in der breiten Öffentlichkeit aufgeklärt und die Proteste waren umfangreich und zahlreich. Dies zeigte sich vor allem in der Debatte um "Remigration", ein Konzept, das unserem Rechtsstaat und Grundgesetz widerspricht und inzwischen als offizielle Forderung von der AfD übernommen wurde. Trotzdem konnte dies den Aufstieg der AfD nicht stoppen. Auch intensive Arbeit für und mit den Menschen auf der kommunalen Ebene führt nicht dazu, dass der AfD vor Ort der Nährboden entzogen wird.

Ziel ist ein erfolgreiches Verbotsverfahren und kein kopfloses Vorgehen. Eine Demokratie ist tolerant. Aber sie darf nicht so tolerant sein, dass sie am Ende abgeschafft wird. Das ist unsere Lehre aus der Weimarer Republik.

ANTRAGSBEREICH F – FINANZEN

F1 – Solidarität statt Ungleichheit – Wiedereinführung der Vermögenssteuer, jetzt!

Antragsteller*in: SPD-Ortsverein Gellersen

Weiterleitung: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Parteivorstand

Der Parteitag des SPD-Unterbezirks Lüneburg möge beschließen:

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden beauftragt, alle Schritte zu veranlassen, dass die Vermögenssteuer in folgendem Umfang wieder eingeführt wird:

- Die Aussetzung der Vermögenssteuer sollte unter Berücksichtigung der folgenden Begründung aufgehoben werden. Die Vermögenssteuer soll für Vermögen über 2 Millionen Euro 1% und für Vermögen über 20 Millionen 2% jährlich betragen.

Begründung:

- *Die Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben, nachdem das Bundesverfassungsgericht die zu niedrige Bewertung von Immobilien im Vergleich zu anderen Vermögenswerten als verfassungswidrig gerügt hatte.*

Zwischenzeitlich hat die Reform der Grundsteuer die damals geltende unzeitgemäße Einheitsbewertung von 1964 durch realistische Werte ersetzt, so dass verfassungsrechtlich einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer nichts im Wege steht. Auch liefert die Immobilienbewertung der Erbschaftssteuer ergänzend zeitnahe und realistische Vermögenswerte.

- *Gesellschaftspolitisch ist die Wiedereinführung der Vermögenssteuer seit 1997 immer dringender geworden.*

Nach dem Armutsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales verfügen die unteren 50% der Haushalte nur über rund 1% des gesamten Nettovermögens. Die vermögensstärksten 10% der Haushalte verfügen hingegen über 50% des Nettovermögens.

Allein das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über rund 35% des Nettovermögens.

Ein derartiges Auseinanderklaffen der Vermögensverteilung gefährdet auf Dauer den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die vermögenslosen Gesellschaftsgruppen sehen sich an den Rand gedrängt, ohne Hoffnung auf soziale, finanzielle und gesellschaftliche Aufstiegschancen.

Chancenungleichheit zu beseitigen ist eines der Kernthemen unserer Partei.

- Die Vermögenssteuer stellt nur einen Baustein zur Verringerung der Chancenungleichheit dar und sollte durch andere Maßnahmen, wie z.B. die Anpassung der Erbschaftssteuer ergänzt werden. Aber durch die Vermögenssteuer können die, die es sich leisten können, ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu dessen Finanzierung leisten.*
- Die Gefahr der Vermögensflucht der Betroffenen sollte nicht überschätzt werden. Inzwischen wird dies durch Wegzugsbesteuerung, Entstrickungsbesteuerung, Besteuerung von Funktionsverlagerungen, Hinzurechnungsbesteuerung und den zwischenstaatlichen Informationsaustausch erheblich erschwert. Von den 232 Milliardenvermögen in Deutschland sind dann auch tatsächlich nur ca. 30 steuerflüchtig.*

Der Verwaltungsaufwand wäre bei dem hohen Einstiegsbetrag für die Besteuerung von 2 Millionen Euro vertretbar.

F2 – Einführung einer Übergewinnsteuer

Antragsteller*in: SPD-Ortsverein Adendorf

Weiterleitung: SPD-Unterbezirksvorstand

In Anlehnung an den Antrag zur Vermögenssteuer durch den OV Gellersen, wird beantragt, die Übergewinnsteuer zeitnah einzuführen. Hierzu soll im kommenden UB-Vorstand eine Arbeitsgruppe gegründet werden, die sich mit den rechtlichen Mechanismen und Herausforderungen auseinandersetzt und einen Antrag für den kommenden Parteitag formuliert.

Begründung:

In Deutschland gibt es keine Übergewinnsteuer. Stattdessen gibt es eine Körperschaftsteuer, die in Deutschland im Jahr 2024 bei 29,93 % lag. Das sieht in anderen Ländern anders aus. In Italien Großbritannien, Spanien, Griechenland, Rumänien und Ungarn wurden Übergewinnsteuern bereits eingeführt, bzw. entwickeln sie gerade oder weiten sie aus (etwa Spanien mit Blick auf die Banken). Ist eine Übergewinnsteuer auch in Deutschland rechtlich möglich? Ja, zu diesem Schluss kam auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestags.

Im Zusammenhang mit dem Milliarden-Investitionspaket werden weitere Konzerne von unerwartet hohen Gewinnen profitieren - wie z. B. auch die Rüstungsindustrie! Denken wir nur einmal an die Corona-Krise - hier haben Pharmakonzerne und Weitere immense Gewinne generiert, die hinsichtlich Übergewinn steuerlich unberücksichtigt blieben.

Eine Steuer auf die Kriegsgewinne der großen Mineralölkonzerne und Stromproduzenten erfährt in der öffentlichen Debatte in Deutschland und europaweit große Unterstützung. Aber während einige europäische Länder solch eine Steuer bereits umgesetzt haben, wurden hierzulande bisher alle Initiativen in diese Richtung politisch blockiert. Warum? Die Studie von Chr. Trautvetter analysiert in dieser Situation die Preisentwicklung und Gewinne ausgewählter Mineralölkonzerne und zeigt, wie hoch die Kriegsgewinne in Deutschland und weltweit ausfallen und wo sie bisher versteuert werden. Basierend auf dieser Analyse und mit Hilfe eines Vergleichs mit in Europa bereits bestehenden Übergewinnsteuern lässt sich grob schätzen, dass für Deutschland staatliche Einnahmen in Höhe von 30 bis 100 Milliarden Euro pro Jahr möglich wären – abhängig von der konkreten Ausgestaltung und dem Steuersatz.

ANTRAGSBEREICH GL – GLEICHSTELLUNG

GL1 – Sexistischer Werbung entgegenzutreten.

Antragsteller*in: SPD-Unterbezirksvorstand

Weiterleitung: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Der Unterbezirksparteitag des Unterbezirks Lüneburg möge beschließen:

- Verbot von sexistischen und gewaltvollen Darstellungen in der Werbung, insbesondere im Online-Bereich
- Eine Stärkung des Werberats. Dieser benötigt mehr Kompetenzen und Sanktionsmaßnahmen. Der Werberat muss in der Lage sein, Strafen in Höhe von bis zu 10% des Werbeetats zu verhängen, wenn Unternehmen nach der Rüge durch den Werberat sexistische Werbung nicht beenden. Die eingenommenen Mittel sollen zur Finanzierung von Schulungen zur Sensibilisierung gegenüber sexistischer Werbung verwendet werden.
- Mit Blick auf geschlechtsspezifischer Werbung benötigen wir einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz durch Bildung. So müssen die Themen in die Curricula der Bildungsbereiche (Krippe, Kita, Schule) aufgenommen werden. Dabei muss eine Multiplikation über die Kitas geschehen. In diesem Prozess muss eine Mitnahme der Eltern stattfinden.
- Dafür müssen wir Fördermittel für Projekte wie die „Werbemelder:in“ verlängert werden.

Begründung:

Bei unserem vergangenen Unterbezirksparteitag wurde das Thema der geschlechterspezifischen und sexistischen Werbung behandelt und an den Unterbezirksvorstand verwiesen. Dieser sollte eine Veranstaltung durchführen und tiefer in das Thema einzusteigen. Diese fand am 22. Oktober 2024 statt und war sehr gut besucht. In der Debatte wurde deutlich, dass an einigen Stellschrauben gedreht werden muss, um einen gesellschaftlichen Missstand zu beseitigen.

Als Partei, dessen Parteigründer August Bebel sein politisches Hauptwerk „Die Frau und der Sozialismus“ genannt hat, ist die Debatte über Geschlechterrollen und der Einsatz für Gleichberechtigung ein Teil der sozialdemokratischen DNA. Es geht nicht darum, andere Menschen zu belehren oder Dinge zu verbieten. Der Antrag basiert auf 2 Säulen, dem Kampf gegen Sexismus in der Werbung und der Sensibilisierung der Gesellschaft für Vorurteile und Rollenbilder.

Es geht darum, dass in der Werbung alle Menschen mit Würde und Respekt behandelt werden. Es gibt vereinzelt auch sexistische Werbung, in der Männer gezeigt werden. Dies

verurteilen wir ebenfalls. Dies soll ebenfalls beendet werden. Aber die überwältigen Mehrheit der sexistischen Werbung zeigt Frauen. Hier wird 50% der Bevölkerung die Persönlichkeit abgesprochen und sie werden zu einem Stück Fleisch. Dem wollen wir entschieden entgegenreten.

Daneben schreiben wir, meist unbewusst Jungen und Mädchen unterschiedliche Eigenschaften zu und drängen sie manchmal als Gesellschaft in bestimmte Rollen. Hierfür muss sensibilisiert werden. Wir wollen nicht verbieten, dass Mädchen mit Barbies und Jungen mit Baggern spielen. Aber man sollte sich der Tatsache bewusst sein, dass dies Zuschreibungen sind, die nicht zwingend den Interessen der Kinder entsprechen müssen.

Der Antrag ist kein Werkzeug, um Freiheit zu beschneiden. Das Aufbrechen der Rollenaufteilung ist im Gegenteil ein Akt der Freiheit. Er schafft Freiheit für kleine Mädchen und kleine Jungen, die ihren eigenen Interessen und Vorlieben ausleben beziehungsweise eigenständig entwickeln wollen.

Es geht nicht darum, Menschen vorzuführen und ihnen eine erwünschte Verhaltensweise aufzuzeigen. Vielmehr soll ein anderer Umgang mit Rollenbildern aufgezeigt werden.

ANTRAGSBEREICH K – KOMMUNALES

K1 – Klar. Sozial. Vor Ort. Für das Lüneburger Land. Für Dich. Mit Dir!

Antragsteller*in: SPD-Unterbezirksvorstand

Weiterleitung: AK Wahlprogramm Kommunalwahl 2026

Ein Landkreis mit Zukunft: sozial, klimafreundlich und wirtschaftlich stark.

Wir leben in einer Region mit viel Potenzial: urban und naturnah, traditionsreich und innovativ, voller engagierter Menschen. Wir sind überzeugt: Der Landkreis Lüneburg kann mehr! Mehr Klimaschutz, mehr gute Arbeit, mehr bezahlbares Wohnen, mehr Beteiligung. Als SPD wollen wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort die nächsten Schritte gehen. Politik soll erlebbar und konkret sein. Unser Ziel: Ein Landkreis, der für jede und jeden lebens- und liebenswert ist – ob in der Stadt oder auf dem Land, ob als Familie, Berufseinsteiger*in oder Senior*in.

Unser Kompass: Nah bei den Menschen – sichtbar, ansprechbar, verbindlich.

Wir haben in den letzten Jahren bewiesen, dass wir nicht nur über Beteiligung sprechen, sondern sie konkret machen. Mit den Formaten "Wir müssen reden" und "SPD vor Ort" schaffen wir Raum für Austausch auf Augenhöhe. Durch dezentrale Infostände, Haustürbesuche und zielgruppenspezifische Veranstaltungen wie "10 unter 25" gehen wir aktiv auf die Menschen zu. Unsere politischen Konferenzen bringen Fachwissen und Alltagserfahrungen zusammen an einen Tisch.

Diesen Weg wollen wir fortsetzen und weiter ausbauen. Gerade in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit braucht es Parteien, die sich kümmern, zuhören, erklären und handeln. Deshalb setzen wir auch im Kommunalwahlkampf auf direkte Gespräche vor Ort, passgenaue Angebote für verschiedene Zielgruppen und präsente Ortsvereine. Unsere Botschaft ist klar: Wir sind da. Für Dich.

Blick nach vorn: So soll das Lüneburger Land in zehn Jahren aussehen

Stellen wir uns vor, wie unsere Region im Jahr 2035 aussieht: Wer morgens zur Arbeit fährt, kommt staufrei und klimaneutral an – mit reaktivierten Bahnstrecken, dem E-Bus, dem Fahrrad oder auch dem eigenen (E-)Auto. In Stadt und Land gibt es bezahlbare Wohnungen, gepflegte Quartiere mit Grünflächen, eine gute Betreuung von Kindern und Jugendlichen und Einkaufsmöglichkeiten direkt vor Ort. Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, erhalten diese wohnortnah, menschlich und qualitativ hochwertig. Und unsere Region versorgt sich zunehmend selbst mit klimaneutralem Strom, produziert grüne Technologien und zieht junge Unternehmen an. Das ist kein

Wunschtraum, sondern eine realistische Vision – wenn wir heute die richtigen Entscheidungen treffen. Und genau das haben wir vor.

Mobilität: Zukunft wird vernetzt gedacht

Mobilität bedeutet Lebensqualität. Deshalb setzen wir uns für die Reaktivierung der Bahnstrecken nach Soltau und Bleckede und die Takterhöhung Richtung Hamburg sowie Dannenberg ein. Für eine Takterhöhung braucht es mehr Kapazität auf der Schiene. Wir fordern daher eine Neubautrasse von Hamburg nach Hannover entlang der A7. So entsteht ein Regio-S-Bahn-System, das auch Orte wie Adendorf-Erbstorf, Melbeck, Neetze und Amelinghausen erschließt, die bislang noch vom Schienenpersonennahverkehr ausgeschlossen sind. Unser Ziel ist ein bezahlbares und gut ausgebautes Bus- und Bahn-Angebot für alle sowie zusätzliche Sozialtarife, um Mobilität bezahlbar zu machen. Barrierefreie Bahnhöfe mit funktionierender Umsteigeinfrastruktur sollen genauso selbstverständlich sein wie E-Busse und bedarfsgerechte Angebote im ländlichen Raum. Zur Ergänzung des Bussystems treten wir für die Realisierung eines plattformbasierten flexiblen Demand-Systems ein. Zur Finanzierung dieses Systems sollen Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes eingesetzt werden. Gleichzeitig wollen wir unsere Kommunen fahrradfreundlicher gestalten, mit sicheren Radwegen und ausreichend Abstellanlagen. Die Innenstadt von Lüneburg soll barrierefrei und für alle Menschen attraktiv gestaltet werden. So gelingt eine echte Verkehrswende.

Wirtschaft und Arbeit: Nachhaltig denken, gute Arbeit schaffen

Unsere Region steht vor einem wirtschaftlichen Aufbruch. Die Wirtschaftsförderung muss strategisch neu ausgerichtet werden, klimapolitische Ziele berücksichtigen und aktiv Unternehmensansiedlungen unterstützen. Industrie- und Gewerbeflächen müssen nachhaltig erschlossen und mit moderner Infrastruktur – etwa rund um den Hafen Lüneburg – gut angebunden werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien wie Windkraft, Photovoltaik und Wasserstoff bietet große Chancen, wenn wir ihn mit lokaler Wertschöpfung verbinden. Wir wollen Gründungen und Start-ups gezielt fördern und dabei auf eine enge Kooperation mit der Leuphana Universität und der IHK setzen. Die Kreislaufwirtschaft soll zu einer regionalen Kompetenz ausgebaut werden, um Ressourcen zu schonen und Innovationen zu fördern. Gute Arbeit braucht Fachkräfte. Deshalb setzen wir auf gute Schulen, eine starke duale Ausbildung und bezahlbaren Wohnraum, damit junge Menschen bei uns in der Region bleiben und Zukunftsperspektiven finden.

Wohnen: Bezahlbar, gerecht, nachhaltig

Wohnen darf kein Luxus sein. Wir wollen, dass mehr sozialer Wohnungsbau entsteht und Kommunen über genügend Flächen verfügen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Unser Ziel ist der Bau von 350 Wohnungen pro Jahr jeweils in der Hansestadt Lüneburg und im Landkreis. Zentrales Instrument zur Erreichung dieses Ziels ist das

„Lüneburger Modell“ und damit die Verpflichtung von Investoren in sozialen Wohnungsbau zu investieren. Dieses Instrument ist durch die neuen Möglichkeiten des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu erweitern. Das Erbbaurecht ist ein wichtiger Hebel, um Spekulation zu verhindern und langfristig leistbare Mieten zu sichern. Wir setzen uns weiterhin für bezahlbare Erbbaurechtszinsen ein. Gleichzeitig müssen wir Leerstand und Brachflächen konsequent aktivieren und in die Quartiersentwicklung investieren. Mieter*innen, beispielsweise in den Vonovia-Wohnungen in Kaltenmoor, brauchen eine klare Perspektive für ihr Zuhause. Wir stärken Mieter:innen den Rücken. Wir wollen lebendige Wohnviertel, in denen Menschen gerne leben – mit Grünflächen, Begegnungsorten und wohnortnahe Versorgung. Wohnraum muss für alle Lebenslagen passen: für Singles, Familien, Studierende und Seniorinnen und Senioren. Deshalb setzen wir uns auch für mehr Azubi- und Studierendenwohnheime ein.

Soziales, Pflege, Bildung, Kultur: Lebenswürde und Teilhabe sichern

Eine soziale Region braucht starke Daseinsvorsorge. Dazu gehört wohnortnahe und bezahlbare Pflege mit guten Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Wir wollen mehr Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätze schaffen, um pflegende Angehörige zu entlasten. Wir erwarten zeitnahe Ergebnisse der regionalen Pflegekonferenz, um daraus geeignete Erweiterungen der Pflegeinfrastruktur ableiten zu können. Lüneburg braucht eine Modernisierung und eine Anpassung der sozialen Dienste an die veränderte Bevölkerungs- und Altersstruktur. Wir sind als Gesellschaft solidarisch und wollen die Hilfsangebote für bedürftige Familien, Frauen, Senioren, Geflüchtete, Obdachlose und Süchtige ausbauen, um den steigenden Bedarf zu decken. Unsere Kitas und Schulen müssen gut ausgestattet sein und ausreichend Personal haben, damit Bildung für alle gelingt. Wir ebnen den Weg zu einer guten und inklusiven Ganztagsbetreuung an unseren Schulen. Kulturelle Angebote in Stadt und Land müssen unterstützt und weiterentwickelt werden – durch gezielte kommunale Kulturförderung. Das geschieht auch mit Blick auf die Sicherung guter Arbeitsbedingungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Außerdem werden wir uns auf allen politischen Ebenen für eine mittel- und langfristig auskömmliche Finanzierung für die kommunalen Bühnen einsetzen. Sport- und Freizeitangebote für alle Generationen sind ebenso wichtig wie Orte für Austausch, Integration und Beteiligung in jedem Ort.

Unser Weg zur Kommunalwahl 2026: gemeinsam, mutig, verbindlich

Wir wollen den Landkreis Lüneburg gemeinsam gestalten und sozialdemokratische Werte nach vorne bringen. Dazu brauchen wir starke Teams in unseren Ortsvereinen und aktive Wahlkampf-AGs. Die Auswahl unserer Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Programmdiskussion wollen wir zügig angehen und breit und transparent gestalten. Wir setzen auf lokale Schwerpunkte und Präsenz vor Ort. Formate wie "Wir müssen reden" und Haustürbesuche bleiben dabei zentrale Bausteine unserer Kommunikation. Außerdem werden wir unsere digitale Kommunikation weiter

verstärken. Mit gezielten Schulungen, Workshops und Unterstützungsangeboten wollen wir unsere Kandidierenden bestmöglich vorbereiten.

Für Lüneburg. Für Dich.

Unser Ziel ist klar: eine soziale, nachhaltige und zukunftsorientierte Region. Dafür braucht es eine starke SPD, die nah dran ist an den Menschen, mutig anpackt und klare Werte vertritt. Wir treten an mit einem klaren Anspruch: Politik soll Menschen stärken, nicht entmutigen. Wir wollen gestalten, nicht verwalten. Unser Engagement schaut auf Menschen, nicht auf Wahltage. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Haupt- und Ehrenamt, mit Erfahrung und frischen Ideen. Für ein gutes Leben im ganzen Landkreis. Für eine Zukunft, die wir selbst in die Hand nehmen. Für das Lüneburger Land. Für Dich.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

ANTRAGSBEREICH V – VERKEHR

V1 – Die Verkehrswende auch auf der Schiene zwischen Hannover und Hamburg realisieren

Antragsteller*in: SPD-Unterbezirksvorstand

Weiterleitung: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Die Niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, den Bestandsausbau und wenn notwendig auch Neubau von Schieneninfrastruktur auf der Verbindung Hamburg – Hannover so zu unterstützen, dass diese die notwendigen Kapazitäten für eine erfolgreiche Verkehrswende und den Deutschlandtakt erfüllen. Um diese beiden Anforderungen zu erfüllen, präferiert die SPD Niedersachsen dabei den bestandsfernen Streckenneubau.

Begründung:

*Jede*r der schon mal von Hamburg nach Hannover den Schienenverkehr genutzt hat, kennt die altbekannten Probleme dieser Strecke. Seien es Zugausfälle, Überholungen durch den Fernverkehr oder massiv verspätete Regionalverkehrszüge. Die Strecke ist zu 147% ausgelastet und zählt damit zu den meistbelastendsten Zugstrecken in ganz Deutschland. Aus diesem Grund hat sich das Land Niedersachsen mit dem Bund dazu entschieden, die Strecke 2029 für ein Jahr zu sperren und komplett zu sanieren (Generalsanierung). Diese Entscheidung unterstützen wir ausdrücklich, da sie zur Entlastung der Strecke beiträgt. Gleichzeitig ist schon heute klar, dass diese Sanierung alleine nicht dafür sorgen wird, dass mehr Verkehr auf die Schiene verlagert wird. Die notwendigen Schienenkapazitäten für die Verkehrswende im Güter- und Personenverkehr sowie die Fahrzeiten für den Deutschlandtakt auf der weit überregional wichtigen Strecke Hamburg - Hannover können nach dem aktuellen Stand der Pläne nur durch den bestandsnahen Ausbau mit Ortsumfahrungen oder den bestandsfernen Neubau erreicht werden. Aus den Daten des Trassenvergleichs ergibt sich, dass der bestandsferne Neubau via Soltauer Heide und Celle mit Abstand die sinnvollste Variante ist. Deshalb halten wir es für essenziell, neben der Generalsanierung und kleineren Ausbauten auf der Bestandsstrecke ebenso einen bestandsfernen Neubau auf dieser Strecke anzustreben.*

Soziale Gerechtigkeit:

Ein Bahnanschluss sichert soziale Teilhabe. Im Rahmen des Neubaus wird zum Einen erheblich mehr Kapazität auf der bestehenden Strecke zwischen Hamburg und Hannover frei, wodurch mehr und insbesondere pünktlicher Nahverkehr verwirklicht werden kann. Zum Anderen können durch einen Neubau Ortschaften an die Schiene angebunden

werden, die zuvor noch keinen oder einen unzureichenden Anschluss hatten. Darunter fallen die Orte Soltau im Heidekreis und Bergen im Landkreis Celle. Durch das Deutschlandticket ist es bereits jetzt kostengünstiger geworden den ÖPNV zu nutzen und durch den Neubau würde es vor allem für Familien auf dem Land, die sich kein Auto leisten können möglich werden, soziale Teilhabe zu gewährleisten um z.B. zu verreisen, Freizeitaktivitäten zu nutzen oder zur Arbeit oder Ausbildung zu pendeln. Ebenfalls würde dies für Student*innen einen Vorteil mit sich bringen, denn dadurch wäre es möglich von zuhause aus zur Hochschule zu pendeln ohne einen Umzug mit angespannten Mietmarkt in einer Großstadt stemmen zu müssen. Das von der Landesregierung unterstützte Schienenverkehrs Konzept 2040+ der LNVG sieht eine solche Möglichkeit des Regionalverkehrs klar vor, wodurch das Land damit ein Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit im Mobilitätssektor setzen könnte.

Klimagerechtigkeit:

Nur eine Neubaustrecke kann es langfristig schaffen, sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Diese Verlagerung ist dringend notwendig, um die stagnierenden Emissionen im Verkehrssektor effektiv zu senken und damit Deutschlands Beitrag zum Pariser Abkommen und insbesondere zur Einhaltung des 1,5°C Ziels zu erreichen. Um diese Ziele zu erreichen, wurde von der Bundesregierung der Deutschland-Takt beschlossen. Mit ihm sollen mehr Reisemöglichkeiten, bessere Anschlüsse und kürzere Fahrzeiten möglich sein. Dieser Deutschland-Takt ist nur mit einem Neubau zwischen Hamburg und Hannover umsetzbar. Dabei dient er nicht nur Fernreisenden, sondern sorgt auch im Nahverkehr für pünktlichere und häufigere Verbindungen und gerade auch durch einen schnellen Regionalverkehr auf der Neubaustrecke für eine schnellere Fahrzeit zwischen der Heideregion und den Großstädten, was den Anreiz dazu schafft das Auto eher stehen zu lassen. Neben dem Personenverkehr werden durch den Neubau auch Kapazitäten für den Güterverkehr frei. Dies sorgt auch in diesem Bereich dafür, dass Verkehr effektiv vom LKW auf die Schiene verlagert wird, wodurch als Nebeneffekt auch die vollen niedersächsischen Bundesstraßen und Autobahnen vom LKW-Verkehr entlastet werden.

Umwelt:

Ein Neubau würde ebenso, im Gegensatz zum ebenfalls diskutierten Bestandsausbau, die Umwelt deutlich weniger belasten. Dies liegt zum einen daran, dass eine Neubaustrecke deutlich weniger Naturschutzgebiete durchschneidet als ein Ausbau der Bestandsstrecke. Zu den betroffenen Gebieten bei einem Bestandstreckenausbau zählen unter anderem die Lüneburger Ilmenauniederung mit Tiergarten, das Naturschutzgebiet Hohes Holz mit Ketzheide und Gewässern und das Naturschutzgebiet Dieksbeck. Zum Anderen wären

durch einen Neubau deutlich weniger Trinkwassergebiete betroffen, da entlang der bestehenden Strecke siedlungsnah viele Trinkwassergewinnungsgebiete entlang laufen.

Wirtschaftliche Faktoren:

Durch die bessere Anbindung der Heideregion an die Schiene ergeben sich vielfältige wirtschaftliche Potenziale. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass bei der Schaffung eines neuen Bahnanschlusses sich insbesondere auch neue Unternehmen in den Ortschaften ansiedeln. Außerdem erschließen die Bahnanschlüsse auch die Heideregion für den Tourismus vollkommen neu, da sich die Fahrzeiten zu Attraktionen wie dem Heide Park in Soltau, der Kartbahn Bispingen oder dem Naturpark Wilseder Berg mit dem ÖPNV sehr stark verkürzen. Beide Faktoren tragen zum Wirtschaftswachstum der Regionen bei. Uns ist bekannt, dass ein Neubau punktuell für einzelne Unternehmen in Bispingen auch Nachteile mit sich ziehen könnte, aber diese können im Zweifelsfall durch einen Dialog zwischen Bund, Land und Deutscher Bahn individuell beseitigt werden. Bereits heute ist klar, dass nur ein Neubau überhaupt haushaltsrechtlich genehmigungsfähig wäre, da allein hier das sogenannte Nutzen-Kosten-Verhältnis wirtschaftlich gesehen positiv ausfällt. Das bedeutet, dass ein Neubau die kostengünstigste Option für eine Kapazitätssteigerung der Bahnstrecke Hamburg-Hannover ist.

Regionale Faktoren:

Klar ist auch heute schon, dass trotz der Verlagerung eines Großteils des Fernverkehrs auf die Neubaustrecke die Städte Lüneburg, Uelzen und Celle weiterhin gemäß Deutschland Takt an den Fernverkehr angebunden bleiben. Mit einer gleichzeitigen Taktverdichtung im Nahverkehr entstehen ihnen dadurch keine verkehrlichen Nachteile. Diese würden ihnen umso mehr bei einem Ausbau der Bestandsstrecke drohen, da hierfür der Nahverkehr über Jahrzehnte baubedingt eingeschränkt sein würde. Entsprechende Beispiele zeigen z.B. Bahnprojekte zwischen Nürnberg und Ebensfeld, sowie am Oberrhein. Außerdem würden durch einen Bestands Streckenausbau die Orte Lüneburg und Uelzen massiv durchschnitten werden, da die Bebauung sehr nah an die Bestandsstrecke gerückt ist, wodurch mehr Menschen im Einzugsgebiet der Trasse von einem Umzug betroffen. Neben den schon angesprochenen Vorteilen einer Schienenanbindung des Heidekreises ermöglicht ein Neubau mit Bahnhöfen in Bergen und Soltau auch die Möglichkeit diese mit zu reaktivierbaren Schienenstrecken wie z.B. zwischen Celle und Bergen, Celle und Soltau sowie Lüneburg und Soltau zu verknüpfen. Dies eröffnet den Regionen weitere verkehrliche Vorteile und Anbindungen in größere Städte. Das Land Niedersachsen prüft derzeit die Reaktivierung dieser Strecken - eine Einbeziehung der Neubaustrecke bzw. der damit verbundenen Regionalbahnhöfe wäre eine gigantische Chance für die Verkehrswende und die Regionen vor Ort.

V2 – Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW über 7,5 Tonnen auf Landstraßen auf 70 km/h anheben - Änderung des § 3 der StVO

Antragsteller*in: SPD-Ortsverein Ostheide

Weiterleitung: SPD-Bundesparteitag

Die Geschwindigkeit für LKW ab 7,5 Tonnen ist in Deutschland auf Landstraßen seit 1939 auf 60 km/h begrenzt. Diese Regelung von 1939 bezieht sich auf LKW mit einer deutlich schwächeren Bremsleistung als sie heutzutage üblich ist. In ganz Europa gelten mittlerweile Regelungen von 70 bis 80 km/h für LKW ab 7,5 Tonnen.

Auf den deutschen Landstraßen wird heutzutage mit einer höheren Durchschnittsgeschwindigkeit als die vorgeschriebenen 60 km/h gefahren. Dies liegt nicht zuletzt am Druck auf die LKW-Fahrer durch ihre Arbeitgeber, pünktlich die Ware auszuliefern. Aufgrund dessen verlieren jedes Jahr tausende Fachkräfte ihren Führerschein und stehen somit dem Arbeitsmarkt temporär oder auch dauerhaft nicht mehr zur Verfügung.

Durch eine Anpassung des § 3 der StVO auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW über 7,5 Tonnen auf Landstraßen auf 70 km/h und damit an die aktuellen Gegebenheiten, ließen sich Fachkräfte und Arbeitsplätze sichern und die StVO an die Europäische Norm angleichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.